

HINWEISE

14. Januar 2021
7/2021 Tx/Bkl

Pressemitteilung des Gesamtverbandes textil+mode vom 13.01.2020: So schultern wir die Corona-Krise nicht! Nationaler Emissionshandel belastet Unternehmen seit Jahresbeginn

Berlin: Seit Beginn des Jahres ist der nationale Emissionshandel in Deutschland in Kraft und führt bei den Unternehmen, die in ihren Prozessen teilweise viel Brennstoff benötigen, zu erheblichen Belastungen. Da es sich um eine reine nationale Mehrbelastung handelt, die unsere weltweiten Wettbewerber nicht kennen, erleiden die Unternehmen erhebliche Wettbewerbsnachteile. Außerdem entziehen die gestiegenen Energiepreise dringend benötigte Liquidität.

Dr. Uwe Mazura, Hauptgeschäftsführer Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie, weist darauf hin, dass dies die Krisenlage in den Unternehmen unnötig verschärft. „Mit derart hohen Energiekosten schaffen es unsere Unternehmen nicht, die Corona-Pandemie zu schultern!“

Und **Mazura** weiter: „Die Bundesregierung muss jetzt dringend für die notwendige Entlastung der betroffenen Unternehmen im nationalen Emissionshandel sorgen und die entsprechende Verordnung vorlegen. Zumindest für eine Übergangszeit muss angesichts der schwierigen Lage der Unternehmen durch die Corona-Krise das gesamte produzierende Gewerbe um einen überwiegenden Teil der CO₂-Kosten entlastet werden. Dies ist umso dringender, als die ursprünglich im Gegenzug zur Belastung durch den CO₂-Preis zugesagte Senkung des Strompreises nicht eingetreten ist. Allenfalls ist eine Stabilisierung des Strompreises auf viel zu hohem Niveau festzustellen. Auch hier muss die Bundesregierung durch eine Neuordnung der Abgaben und Umlagen im Energiebereich endlich liefern.“

Die Bundesregierung hatte zugesagt, bis Ende vergangenen Jahres eine Verordnung vorzulegen, mit der die dringend notwendige Entlastung der Unternehmen geregelt werden soll. Diese Verordnung liegt leider immer noch nicht vor, sodass die Betriebe jetzt die volle CO₂-Mehrbelastung zu tragen haben. Dies ist gerade in Zeiten der Corona-Krise eine unerträgliche Situation.

Die Pressemitteilung im Original finden Sie angehängt.

Pressemitteilung

Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e. V.
Reinhardtstraße 14-16
D-10117 Berlin

Petra Diroll
Leitung Politik und
Kommunikation

☎ +49 30 726220-22
pdiroll@textil-mode.de
www.textil-mode.de

13. Januar 2021

So schultern wir die Corona-Krise nicht!

Nationaler Emissionshandel belastet Unternehmen seit Jahresbeginn – zugesagte Entlastung immer noch nicht erkennbar – Strompreis bleibt auf zu hohem Niveau

Berlin: Seit Beginn des Jahres ist der nationale Emissionshandel in Deutschland in Kraft und führt bei den Unternehmen, die in ihren Prozessen teilweise viel Brennstoff benötigen, zu erheblichen Belastungen. Da es sich um eine reine nationale Mehrbelastung handelt, die unsere weltweiten Wettbewerber nicht kennen, erleiden die Unternehmen erhebliche Wettbewerbsnachteile. Außerdem entziehen die gestiegenen Energiepreise dringend benötigte Liquidität.

Dr. Uwe Mazura, Hauptgeschäftsführer Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie, weist darauf hin, dass dies die Krisenlage in den Unternehmen unnötig verschärft. „Mit derart hohen Energiekosten schaffen es unsere Unternehmen nicht, die Corona-Pandemie zu schultern!

Und **Mazura** weiter: „Die Bundesregierung muss jetzt dringend für die notwendige Entlastung der betroffenen Unternehmen im nationalen Emissionshandel sorgen und die entsprechende Verordnung vorlegen. Zumindest für eine Übergangszeit muss angesichts der schwierigen Lage der Unternehmen durch die Corona-Krise das gesamte produzierende Gewerbe um einen überwiegenden Teil der CO₂-Kosten entlastet werden. Dies ist umso dringender, als die ursprünglich im Gegenzug zur Belastung durch den CO₂-Preis zugesagte Senkung des Strompreises nicht eingetreten ist. Allenfalls ist eine Stabilisierung des Strompreises auf viel zu hohem Niveau festzustellen. Auch hier muss die Bundesregierung durch eine Neuordnung der Abgaben und Umlagen im Energiebereich endlich liefern.“

Die Bundesregierung hatte zugesagt, bis Ende vergangenen Jahres eine Verordnung vorzulegen, mit der die dringend notwendige Entlastung der Unternehmen geregelt werden soll. Diese Verordnung liegt leider immer noch nicht vor, sodass die Betriebe jetzt die volle CO₂-Mehrbelastung zu tragen haben. Dies ist gerade in Zeiten der Corona-Krise eine unerträgliche Situation.